

**Wirtschaftsminister Garrelt Duin**

**Keynote (20 Min): „Der Industriestandort Nordrhein-Westfalen –  
Herausforderungen und Chancen in einem bewegten  
energiewirtschaftlichen Umfeld“**

**BP-Forum**

**24. Oktober 2016, 12:45 Uhr**

**Düsseldorf, NRW-Forum**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Anrede,

Die Energiewirtschaft bewegt sich schnell. Es ist deshalb eine große gemeinsame Aufgabe, hier Schritt zu halten.

Es geht um einen gangbaren Weg in der Energie- und Industriepolitik. Nordrhein-Westfalen als bedeutendstes Energieland in Deutschland hat dafür gute Voraussetzungen und auch die Verpflichtung, mit der gebotenen energiewirtschaftlichen Erfahrung die Zukunft aktiv mitzuformen.

Wie sieht die Gegenwart aus? Die Erneuerbaren Energien haben einen Anteil von einem Drittel an der deutschen Stromerzeugung erreicht. Dieser rasante Ausbau hat jedoch dazu geführt, dass sich die EEG-Umlage in den zurückliegenden zehn Jahren versechsfacht hat. Für 2017 haben die Übertragungsnetzbetreiber gerade erst eine weitere Erhöhung der EEG-Umlage um mehr als acht Prozent auf 6,88 Cent pro Kilowattstunde veröffentlicht.

Neben der zweifellos hohen Belastung der privaten Haushalte durch die steigende EEG-Umlage dürfen wir die anderen Stromkostenbestandteile und weitere staatliche Belastungen nicht außer Acht lassen. So muss zum Beispiel wegen der steigenden Einspeisung volatiler Strommengen in das ausbaubedürftige Netz immer mehr für die Netzstabilität getan werden. Die Bundesnetzagentur geht davon aus, dass die Kosten für Netzeingriffe bis 2023 von heute einer (1) Milliarde

Euro auf mehr als vier Milliarden Euro pro Jahr steigen könnten. Zum Vergleich: 2014 waren es noch rund 200 Millionen.

Der Netzausbau bleibt also eine vordringliche Aufgabe, um das Stromsystem den neuen Erzeugungsstrukturen anzupassen. Wir lehnen es dabei weiterhin ab, die Übertragungs- und Verteilnetzentgelte bundesweit zu vereinheitlichen. Es kann nicht Aufgabe der nordrhein-westfälischen Stromverbraucher sein, die Kosten zu tragen, weil andernorts der Netzausbau verzögert wird.

Anrede,  
Professor Haucap vom Düsseldorfer Institut für Wirtschaftsökonomie beziffert ganz aktuell die Kosten für die Energiewende bis zum Jahr 2025 mit rund 520 Milliarden Euro.

Einen Großteil davon trägt überproportional Nordrhein-Westfalen. Deshalb wehren wir uns dagegen, dass NRW der Zahlmeister der Energiewende bleibt. Wir sehen erheblichen Handlungsbedarf, die Kostensteigerungen im Griff zu behalten. Dies ist nötig, da die Energiewende deutlich an Akzeptanz verlieren würde, wenn wir das energiepolitische Dreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit aus den Augen verlieren oder gar bewusst verschieben würden.

Als Wirtschafts- und Energieminister von Nordrhein-Westfalen

sage ich es immer wieder: Wir haben ein besonders starkes Interesse an einem verlässlichen und international wettbewerbsfähigen energiewirtschaftlichen Rahmen - und dieser hat viel mit bezahlbaren Strompreisen zu tun.

Nordrhein-Westfalen ist für energieintensive Unternehmen ein bedeutendes Bundesland. Insgesamt bietet die stromintensive Industrie bei uns mehr als 200.000 Arbeitsplätze, die wir erhalten wollen.

Strom ist bei energieintensiven Unternehmen inzwischen vielfach der größte Kostenfaktor. Dies lässt sich auch daran erkennen, dass im Jahr 2015 für 37,8 GWh, also rund der Hälfte des nordrhein-westfälischen Industriestromverbrauchs, eine Entlastung von der EEG-Umlage durch die Besondere Ausgleichsregelung beantragt wurde. Dies betraf rund 500 Abnahmestellen im Land.

Anrede,

wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, die Besondere Ausgleichsregelung europarechtskonform zu machen. Aber auch für die weniger energieintensiven und mittelständischen Unternehmen müssen wettbewerbsfähige Energiepreise am Standort Deutschland erhalten bleiben. Deshalb taugen auch die gerade wieder diskutierten Vorschläge nichts, eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung fossiler Stromerzeugung einzuführen, um externe Kosten fossiler Stromerzeugung dem Verursacher zuzurechnen, zu internalisieren, wie das Fremdwort dafür heißt.

Die daraus resultierenden höheren Börsenstrompreise wären für die Industrie ebenso schädlich wie die damit verbundenen stark steigenden CO<sub>2</sub>-Preise. Aktuelle Berechnungen des Umweltbundesamtes gehen von etwa 80 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> aus. Diese Steigerung etwa um einen Faktor 16 gegenüber heute ist für die Industrie inakzeptabel.

Anrede,

solche Diskussionen verunsichern und schaffen keine Planungssicherheit. Die brauchen wir aber – insbesondere in der Energiewirtschaft. Wir brauchen geeignete Impulse für den Erhalt und Ausbau der konventionellen Kraftwerke mit Blick auf die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Stromversorgung. NRW als Rückgrat der deutschen Energieversorgung hat darauf besonderes zu achten.

Das in diesem Sommer verabschiedete Strommarktgesetz für einen Strommarkt 2.0 weist mit der Kapazitätsreserve für unvorhersehbare Ereignisse und der Sicherheitsbereitschaft in die richtige Richtung. Ein wesentliches Element der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit im Strommarkt 2.0 wird in der Flexibilisierung von Erzeugung und Last gesehen. Daraus dürfen jedoch keine Wettbewerbsnachteile, Produktionseinschränkungen oder –verlagerungen der Industrie erwachsen. Wir beobachten deshalb sehr genau, wie sich das neue Strommarktdesign entwickelt und werden – wenn nötig – Nachsteuerungen einfordern.

Ein anderes, für die Industrie wichtiges Thema ist die gerade laufende Arbeit am KWK-Gesetzesentwurf. Hier ist es uns sehr wichtig, dass die Bundesregierung die nach der Einigung mit der EU-Kommission beihilferechtlich verbleibenden Spielräume nutzt - zugunsten der Förderung von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung und des Bestandsschutzes von Eigenversorgung nach dem Erneuerbare-Energie-Gesetz.

Anrede,

Klimaschutz ist uns sehr wichtig. Daher hat die Landesregierung das bundesweit erste Klimaschutzgesetz initiiert. Sie unterstützt die nationalen und europäischen Klimaschutzziele und findet die Vereinbarungen der Weltklimakonferenz in Paris 2015 für in Ordnung.

Ich halte es für richtig, unsere bestehenden Wirtschaftsstrukturen mit ihren hochwertigen Arbeitsplätzen in dem gesetzten Rahmen des Klimaschutzes behutsam und ohne Brüche weiterzuentwickeln. Drastische ordnungsrechtliche Eingriffe, wie zum Beispiel ein vorzeitiger Kohleausstieg, sind ein Holzweg.

Es geht mir nicht darum, die Vergangenheit vor der Zukunft zu schützen, sondern neue Chancen der Energiewende überhaupt ergreifen zu können. Wenn wir zu viel auf einmal wollen, scheitern wir an den Kosten – und wir werden der Langfristigkeit der energiewirtschaftlichen Investitionen nicht gerecht.

Das muss die Bundesregierung beim Klimaschutzplan 2050 berücksichtigen. Eine gute Blaupause dafür ist, wie wir den Klimaschutzplan NRW erarbeitet haben – wir haben die Industrie und viele andere betroffene Akteure angehört, mit ihnen gesprochen, mit ins Boot genommen.

Anrede,

wenn wir in Deutschland für Zuverlässigkeit und Planbarkeit bei der Energiewende sorgen, können wir auch deren Chancen nutzen. Nordrhein-Westfalen als gewachsene Energieregion und forschungsintensiver Wirtschaftsraum mit einer umfassenden und starken Industrie hat hier beste Entwicklungsmöglichkeiten. Industrie und Forschung sind eng verzahnt, wir haben qualifizierte Fachleute, feste Transport- und Logistiknetzwerke und beste Zugänge zum Markt.

Anrede,

über diese nationalen Diskussionen hinaus müssen wir den europäischen Energiebinnenmarkt im Blick behalten. Hier ist ebenfalls noch viel zu tun. So stellt der europäische Rechnungshof Ende 2015 in einem Sonderbericht fest, dass die EU ihr Ziel nicht erreicht hat, den Energiebinnenmarkt bis 2014 zu vollenden. Die Energieinfrastruktur sei im Allgemeinen noch nicht für einen integrierten Markt ausgelegt und biete daher gegenwärtig keine wirksame Sicherheit der Energieversorgung.

Wir müssen deshalb besonders darauf achten, dass Deutschland als Hochtechnologieland auch in dem

zusammenwachsenden europäischen Strombinnenmarkt weiterhin sein hohes Niveau der Versorgungssicherheit und –qualität erhalten kann. Das ist ein bedeutender Standortfaktor.

Auch die anstehende Reform des Europäischen Emissionshandels für die 4. Handelsperiode ab 2020 haben wir fest im Blick. Diese muss aus meiner Sicht Anreize für eine kosteneffiziente Emissionsminderung schaffen und gleichzeitig sicherstellen, dass den durch Carbon-Leakage gefährdeten Industriebranchen weiterhin zielgerecht freie Zertifikate zugeteilt werden.

Eine Klimaschutzpolitik nach dem Motto „Wenn die Industrie abwandert, ist Gutes für das Klima getan“, hilft uns nicht weiter. Dies wird umso deutlicher, wenn man sich dies vor Augen führt: Der Anteil Deutschlands an den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt bei etwa 2,4 Prozent – mit sinkender Tendenz.

Der “BP Energy Outlook to 2035” weist aus, dass fossile Energieträger auch 2035 noch vorherrschen und rund 80 Prozent der weltweiten Nachfrage befriedigen. Ebenso wie im World Energy Outlook 2015 wird von einem Anstieg des weltweiten Energieverbrauchs um ein Drittel bis 2035 bzw. 2040 ausgegangen.

Die Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz kann vor diesem Hintergrund also nur heißen: Wir müssen zeigen, dass Energiewende erfolgreich geht, damit andere Länder

den gleichen Weg beschreiten. Sonst wird es keinen positiven Effekt auf das Weltklima geben.

Schon deshalb dürfen wir unsere wirtschaftliche Grundlage nicht schädigen. So hat der Verband der Chemischen Industrie unlängst darauf hingewiesen, dass die Investitionen der chemischen Industrie zunehmend ins Ausland fließen; auch wegen dortiger niedrigerer Kosten.

Erkennbare Investitionszurückhaltung und –verlagerung sind ein Warnsignal. Nordrhein-Westfalen ist „Energie- und Industrieland“ - und das wollen wir auch bleiben.

Anrede,

es liegt - wie beschrieben - viel Arbeit vor uns, um die Energiewende zum Erfolg zu führen.

Damit aus den theoretischen Erkenntnissen praktische Umsetzung wird, hilft es vielleicht, einen Zusammenhang zu beherzigen, den die Baseball-Legende der New York Yankees, Lawrence Peter Berra, sicherlich in einem völlig anderen Zusammenhang, hergestellt hat:

„In der Theorie gibt es keinen Unterschied zwischen Theorie und Praxis. In der Praxis schon“.